



Analyse des Budgetdienstes

Maßnahmen zur Stabilisierung des Euroraums im 2. Quartal 2014 (35/BA und 36/BA)

Vorbemerkung

Die beiden Berichte sind sehr ausführlich und enthalten in den Anhängen übersichtliche Tabellen. Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten daher lediglich einzelne Ergänzungen zu den jüngsten Entwicklungen in den Programmländern, die im Bericht noch nicht berücksichtigt sind. Dazu liegen jedoch zumeist nur Pressemitteilungen der Europäischen Kommission vor.

Österreichische Anteile an den Instrumenten zur Stabilisierung des EURO-Raums:

Bilaterale Darlehen an Griechenland	1,557 Mrd. EUR
Haftungsanteil an EFSF	10,167 Mrd. EUR (Kapital und Zinsen inkl. Übergarantien)
Zuschüsse (Sammelkonto Griechenland)	61 Mio. EUR überwiesen (Zusage gesamt 282 Mio. EUR)
ESM	2,227 Mrd. EUR einbezahltes Kapital (17,257 Mrd. EUR Rufkapital)

Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz über die im 2. Quartal 2014 ergriffenen Maßnahmen (35/BA)

Griechenland

Die nächste Mission der Troika wird derzeit in Paris vorbereitet, wo die Vertreter der Troika von den Vertretern Griechenlands über die Reformfortschritte informiert werden. Ende September wird die 5. Programmüberprüfung dann in Griechenland direkt stattfinden.

Wegen der schleppenden Fortschritte der Privatisierung wurde die Führung des griechischen Privatisierungsfonds neu besetzt.



Positiv erscheint, dass zuletzt ein geringer Primärüberschuss im Budget erzielt wurde und laut der griechischen Regierung und Analysten Griechenland im dritten Quartal erstmals seit 2008 ein Wachstum des BIP erwartet wird. Die Schuldenstand wird 2014 jedoch weiterhin ansteigen und auf 177 % des BIP prognostiziert, so dass weitere Unterstützungsnotwendigkeiten nicht ausgeschlossen werden können. Ein Hauptverhandlungspunkt könnte daher eine Neuregelung der Schulden betreffen, weil Griechenland eine weitere Streckung der Zahlungsfristen und eine Senkung der Zinslast anstrebt.

Irland

Da Irland wieder Geld an den Kapitalmärkten aufnehmen kann, möchte dieses die vom IWF zur Verfügung gestellten Finanzmitteln (insgesamt handelt es sich um 22,033 Mrd. EUR) vorzeitig zurückzahlen, um mit diesem Schritt die Zinslast senken. Die Kredite des IWF teurer sind als jene des EFSF und des ESM. Die Verträge zwischen Irland, dem IWF und EFSF/ESM sehen jedoch vor, dass bei vorzeitiger Rückzahlung alle Gläubiger zu gleichen Teilen bedient werden müssen. Die Euro-Finanzminister müssten daher auf eine Gleichbehandlung verzichten.

Portugal

Nachdem Portugal den EU-Rettungsschirm Mitte Mai 2014 verlassen hatte, musste im August 2014 die portugiesische Großbank Banco Espírito Santo (BES) mit einer Finanzhilfe von 4,9 Mrd. EUR vor dem Bankrott gerettet werden.

Die Bank wurde in zwei Teile zerschlagen, eine „bad bank“, in die die faulen Kredite gepackt wurden und die im Besitz der bisherigen Aktionäre der BES verbleibt und einen gesunden Teil, der nach einer Zahlung von 4,9 Mrd. EUR in eine neue Brückenbank namens Novo Banco umgewandelt wurde. Der von den Banken gegründete portugiesische Abwicklungsfonds wird der Brückenbank Kapital in Höhe von 4,9 Mrd. EUR zur Verfügung stellen. Für diesen Zweck erhält der Abwicklungsfonds vom portugiesischen Staat einen Kredit von 4,4 Mrd. EUR, für den die aus der Finanzhilfe der EU und des IWF verbliebenen Mitteln herangezogen werden. Der Kredit soll in erster Linie durch die Erlöse aus dem Verkauf der Vermögenswerte der Brückenbank zurückgezahlt werden. Die Europäische Kommission hat den Rettungsplan gebilligt.

Das portugiesische Verfassungsgericht hat zudem im August abermals Sparbeschlüsse der Regierung für verfassungswidrig erklärt (insbesondere eine geplante Besteuerung von Renten). Die aufgehoben Sparbeschlüsse sollen durch andere Maßnahmen ersetzt werden.



Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß Art. 50c Abs. 3 B-VG iVm § 6 der Anlage 3 zum GOG (ESM-Informationsordnung) über die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 2. Quartal 2014 (36/BA)

Spanien

Wie im Bericht des Bundesministers für Finanzen angeführt hat Spanien am 8. Juli 2014 freiwillig vorzeitig Teile der ESM-Hilfe im Ausmaß von 1,3 Mrd. EUR zurückgezahlt. Mit der Rückzahlung reduziert sich der ausstehende Kreditbetrag von rd. 41,3 Mrd. EUR auf rd. 40 Mrd. EUR. Die Rückzahlung der Kredite erfolgt in jährlichen Raten in den Jahren 2022 bis 2027 und wird damit um jeweils rd. 0,217 Mrd. EUR geringer ausfallen als geplant.

Zypern

Die 5. Tranche der Finanzhilfe für Zypern iHv 686 Mio. EUR (ESM 600 Mio. EUR, IWF 86 Mio. EUR) wurde plangemäß am 9. Juli 2014 zur Auszahlung gebracht. Zypern wird die 6. Tranche iHv 436 Mio. EUR (ESM 350 Mio. EUR, IWF 86 Mio. EUR) vorerst nicht ausbezahlt erhalten. Diese soll laut Plan Anfang Oktober zur Auszahlung gelangen. Die Troika bemängelt aber, dass Zypern keine ausreichenden Maßnahmen gesetzt hat, faule Kredite im Bereich Immobilien zu regeln, und dass durch die neuen Gesetzesvorhaben die Gläubiger der Banken nicht in ausreichendem Ausmaß zur Sanierung herangezogen werden.